

28. Mai 2008  
19:27 MESZ

## Störfaktor Wildplakat: Die Gewista als Straßenfeger?

Um zur EM als saubere Stadt zu glänzen, verlagert die Stadt Wien den Kampf um freie Kulturplakate vors Gericht - Von Marc Mathoi

**Zur Person:** Marc Mathoi ist Unternehmer in Wien und Mitglied des Vereins Freies Plakat

Gespräche mit den Betroffenen werden seit Monaten verweigert - Von Marc Mathoi

\*\*\*

**Webtipp:**

[www.verein-freiesplakat.at](http://www.verein-freiesplakat.at)

Man kann schnell in Ungnade fallen in dieser Stadt. Ohne dass sich etwas an der rechtlichen Situation geändert hätte, werden einige Ankündigungsunternehmen seit kurzem aller bösen Dinge bezichtigt, die man sich nur vorstellen kann: illegale Tätigkeit, gewerbsmäßiger Betrug, Steuerhinterziehung und seit kurzem auch noch - in Form einer Strafanzeige - Sachbeschädigung und Anstiftung zu Straftaten.

Im Jahr 2007 war noch alles anders. Die Gemeinde hat die Services dieser Firmen als Auftraggeber selbst genutzt. Sie hat auch die Steuern, die für die angemeldeten Mitarbeiter entrichtet wurden, kassiert und selbstverständlich auch die ordnungsgemäß entrichtete Werbeabgabe. Subventionsabrechnungen zahlreicher Kulturinstitutionen, in denen Kosten für freie Plakatierung enthalten waren, wurden anstandslos bezahlt.

Doch seit Jahreswechsel gehen die Uhren in der Stadt anders. Damit die Fußballfans nicht von Wildplakaten belästigt werden - so die offizielle Begründung - musste die kulturelle Vielfalt weichen. Die SPÖ-nahe Gewista hat nun offenbar das exklusive Recht, Kulturveranstaltungen in Wien im öffentlichen Raum zu bewerben. Wer nicht mit im Boot ist, wird systematisch in die Illegalität gedrängt.

### Monopolistische Ignoranz

Zahlreiche Briefe, Emails und persönliche Vorsprachen haben nichts gefruchtet. Denn irgendwie führen alle Kommunikationskanäle dieses Thema betreffend unmittelbar in das Büro von Gewista- Generaldirektor Karl Javurek. Ganz so, als wäre die Gewista nach wie vor eine Magistratsabteilung der Stadt Wien und nicht ein Unternehmen, das zu 70 Prozent im Eigentum der JCDecaux, des zweitgrößten Out-of-home-Mediennetzwerkes weltweit, steht. Und Javurek ist mäßig interessiert, eine für alle Betroffenen akzeptable Lösung zu finden. Briefe und Anrufe, die an ihn als Obmann der Fachgruppe Werbung der [Wirtschaftskammer](#) adressiert waren - in dieser Rolle wäre er eigentlich zur Vertretung der Interessen auch der nun bedrängten Firmen verpflichtet, beantwortete er stets als Gewista-Generaldirektor (oder er ließ einfach seine Tochterfirma Kulturplakat antworten).

Wenig überraschend auch, dass er seit drei Monaten nichts getan hat,

um einen Beschluss seines Fachgruppenausschusses umzusetzen, der sich für eine Vermittlung der Fachgruppe in Form eines runden Tisches ausspricht.

Einziges Ergebnis bislang: Ein wirtschaftlich völlig unattraktives Angebot an Mitgliedsunternehmen des Vereins Freies Plakat, als Subunternehmer der Kulturplakat zu dienen.

### **Lösung**

So stellt man sich also die Lösung vor: Aufgabe der wirtschaftlichen Eigenständigkeit und Unterordnung unter die dominierende Gewista. Konkurrenz und Wettbewerb - und sei es auch nur im kleinen Marktsegment für Kulturplakate - ist was für andere Städte. Wien ist anders.

Der Verein Freies Plakat fordert - gemeinsam mit zahlreichen Interessensvertretern sowie Kunst- und Kulturinitiativen - aber nicht die Preisgabe der Stadt und einen ausufernden Plakat-Wildwuchs, so wie das vielfach unterstellt wird, sondern ganz einfache Dinge, die in einer modernen Marktwirtschaft und einer Kulturstadt eigentlich selbstverständlich sein sollten:

1. Zugang zu einer ausreichenden Anzahl von Plakatflächen für gewerbliche AnbieterInnen, um die unternehmerische Vielfalt in Wien und fairen Wettbewerb zu gewährleisten;
2. Schaffung einer hinreichenden Zahl reservierter Plakatflächen zu begünstigten Bedingungen für Kunst- und KulturveranstalterInnen, die sich aufgrund ihrer Budgets keine gewerbliche Plakatierung leisten können, sowie
3. Schaffung von freien Plakatflächen zur legalen Selbstplakatierung für lokale Initiativen, politische Initiativen und alle anderen BürgerInnen der Stadt, die ihr Recht auf freie Meinungsäußerung via Plakat nutzen wollen.

Zuviel verlangt? (DER STANDARD Printausgabe 29.5.2008)